

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet  
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher  
No 11

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold u. Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Wochensatz 4 mal. Bezugspreis: monatlich 1,60 Mark. Die Anzeigenpreise: Die einseitige Seite oder deren Raum 15 Holzpfennige, die Reklameseite 45 Holzpfennige. Die einseitige Seite oder deren Raum 15 Holzpfennige, die Reklameseite 45 Holzpfennige. Für telephonisch erteilte Aufträge Uebernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 133

Altensteig, Freitag den 11. Juni

1926

## Die Fürstenabfindung vor dem Reichstag.

Berlin, 10. Juni.

Im Reichstag hat Reichskanzler Dr. Marx, Dr. Kuls, Präsident Lohse eröffnet die Sitzung um 12.20 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Regierungsentwurfes über die Fürstenabfindung.

Die kommunistische Interpellation, die sich gegen den Hindenburgbrief richtet, wird mit der Debatte verbunden.

Das Wort erhält sofort Reichskanzler Dr. Marx:

Der vorliegende Entwurf entspringt dem Versuch des Reichstages, die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den Fürsten und den früher regierenden Fürstendynastien durch Inanspruchnahme herbeizuführen. Die Regierung hat dieses gesetzgeberische Vorhaben von vornherein begrüßt und hat es in allen Phasen seiner Entwicklung mit Nachdruck unterstützt. Sie hat in allen Verhandlungen die Regierungsparteien auf den Boden des Kompromißabsehens zusammengeführt und bei der Fassung des Entwurfes weitgehend mitgewirkt. Sie hat schließlich, um über das Stadium der Ausschussberatungen hinaus zu positiven und weitläufigen Gesetzgebungsresultaten zu kommen, von sich aus den heute vorliegenden Entwurf beim Reichsrat eingebracht. Der Reichsrat hat diesen Gesetzentwurf mit sehr großer Mehrheit angenommen. Die Reichsregierung legt entscheidenden Wert darauf, daß auf der Grundlage des jetzt zur Beratung stehenden Gesetzentwurfes eine befriedigende Lösung der Auseinandersetzung mit den normalen regierenden Fürstendynastien gefunden wird. Der Gesetzentwurf, der dem bevorstehenden Volksentscheid zu Grunde liegt, ist nach Auffassung der Reichsregierung keine solche befriedigende Lösung. Die grundlegenden Veränderungen, die in volkswirtschaftlicher, staatsrechtlicher und wirtschaftlicher Beziehung in der Rechtslage eintriften, können die vermögensrechtlichen Beziehungen zwischen den Fürsten und den ehemals regierenden Fürstendynastien nicht unberührt lassen. Nach der verfassungsmäßigen Überwindung der Revolution müssen die Grundlagen des Rechtsstaates unverändert bleiben. Zu ihnen gehören: Rechtsleichheit aller Staatsbürger und Unantastbarkeit des Privateigentums. Die im Volksentwurf verankerte entschädigungslose Enteignung der ehemaligen Fürstendynastien ist unvereinbar mit diesen obersten Geboten eines Rechtsstaates. Demgegenüber hält die Reichsregierung an den verfassungsmäßigen Grundlagen fest, ohne die politischen und gesetzgeberischen Notwendigkeiten außer Acht zu lassen, die sich aus dem Verfall der staatlichen Hoheitsstellung der Fürsten und aus der durch Weltkrieg und Inflation hervorgerufenen allgemeinen Verarmung ergeben. Die Auffassung der Reichsregierung, daß der vorliegende Gesetzentwurf eine befriedigende Lösung des Auseinandersetzungproblems darstellt, wird von den Staatsregierungen der an der Lösung dieser Frage in erster Linie beteiligten Länder, insbesondere von denen Preußens und Thüringens geteilt.

Die Reichsregierung ist aber des Weiteren auch der Auffassung, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes den dringenden Wunsch und den Anspruch hat, daß der Reichstag eine gesetzgeberische Lösung seinerseits findet. Sie hält es deswegen für ein innerpolitisches Gebot, das Gesetz, über dessen Einzelheiten monatlang in der eingehendsten Weise beraten worden ist, nunmehr mit aller nur möglichen Beschleunigung zu verabschieden. Die Reichsregierung möchte dabei keinen Zweifel lassen, daß es durchaus irrig sein würde, anzunehmen, daß sie nach einem vorübergehenden Entschließen des Volksentscheides von einer gesetzlichen Regelung Abstand nehmen könnte. Die Reichsregierung wird auch dann mit aller Entschiedenheit auf eine gesetzgeberische Regelung im Geiste der Vorlage dringen und würde die ihr aus dem Reichstag erduldete Unmöglichkeit des Zustandekommens eines Abfindungsgesetzes ersehen sollte.

Die gegen den Entwurf auf entschädigungslose Enteignung gerichteten Ausführungen des Reichskanzlers wurden von den Sozialdemokraten und Kommunisten mit lautem Widerspruch von der Rechten mit Beifall ausgenommen.

Abg. von Guérard (Str.) gibt namens der Regierungsparteien eine Erklärung ab, in der es heißt: Ansehens der Tatsache, daß im Land befristet wird, im Fall der Ablehnung des Volksentwurfes werde jede reichsgesetzliche Regelung scheitern, wollen die Regierungsparteien keinen Zweifel darüber lassen, daß sie bei Erlass eines die Auseinandersetzung zwischen den beteiligten Fürsten und den Fürstendynastien regelnden Gesetzes für unbedingt notwendig erachten. Sie erklären mit nachdrücklichstem Ernst, daß sie alles daran setzen werden, den vorliegenden Gesetzentwurf in allen wesentlichen Bestandteilen zur Annahme zu bringen. Da ihm soll ein Gesetz geschaffen werden, das der veränderten staatsrechtlichen Stellung der Fürstendynastien entspricht. Das Gesetz wird den Fürsten nur das Sachvermögen belassen, welches sie als unantastbares Privateigentum erworben haben. Den Folgen des verlorenen Krieges, der Verarmung des Volkes und der gesamten Vermögenslage der Fürsten wird ausreichend Rechnung getragen. Den Fürsten soll anerkannt werden, worauf sie aus Gründen der Kultur oder der Volksgemeinschaft Anspruch haben. Den Fürsten wird keine bessere Aufwertung zuteil, als anderen Staatsbürgern. Andererseits werden die Fürsten auch

nicht, wie es der Volksentscheid will, außerhalb der Grundrechte gestellt, auf die jeder Deutsche Anspruch hat. Die Regierungsparteien geben sich der bestimmten Erwartung hin, daß der Reichstag sich der Notwendigkeit, ein solches Gesetz zur Beratung zu bringen, nicht verschließen wird.

Abg. Müller-Franken (Soc.) gibt ebenfalls eine Erklärung ab, in der es heißt, der Reichspräsident sei unter Wahrung seiner verfassungsrechtlichen Stellung veranlaßt worden gegen den Volksentscheid einseitig Stellung zu nehmen. Er habe damit die neutrale Haltung aufgegeben, die er gegenüber innerpolitischen Streitfragen einzunehmen pflichtlich versprochen habe. Daran müsse man eine Verletzung der durch sein Amt gebotenen überparteilichen Haltung erblicken. Hindenburg nenne den Gesetzentwurf einen Verstoß gegen Recht und Moral. Entschiede das dem Recht und der Moral, wenn Herzog Karl Michael von Welfenbura, der bei Ausbruch des Krieges die deutsche Staatsangehörigkeit aufgab und sich die Anwartschaft auf die Thronfolge in Mecklenburg mit 5 Millionen abkaufen ließ, Erbansprüche geltend? Ferner verlange die montenegrinische ehemalige mecklenburgische Prinzessin Jutta eine Entschädigung von 14,5 Millionen. Die schmalbaldischen Ansprüche auf Entschädigung werden von dem aus England gebürtigen Herzog von Koburg-Gotha gestellt. Wilhelm der Zweite besitze ein Millionenamt in Holland und beanspruche nochmals 300 000 Morgen deutsches Land und ferner Vermögensobjekte im Werte von 150 Millionen Dänemark. Die Schamlosigkeit der Fürstenansprüche sei erwiesen. Der Redner wendet sich scharf gegen den Reichspräsidenten und erklärt, es sei nicht Aufgabe eines Staatsoberhauptes, in solcher Weise einseitig Partei zu ergreifen. Wenn der Brief des Reichspräsidenten als Privatbrief bezeichnet werde, so sei das eine Spiegelschleierei. Mit Herrn von Ebeling brauche man sich nicht weiter zu beschäftigen. Nicht einmal die Rechtsverhältnisse habe er etwa, sein unqualifizierbares Benehmen zu verteidigen. (Zustimmung der Sozialdemokraten.)

Reichskanzler Dr. Marx gibt darauf eine neue Erklärung ab, in der er darauf hinweist, daß nach Art. 66 der Reichsverfassung alle Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung bedürfen. Daraus ergebe sich, daß damit nur Kundgebungen gemeint sind, die der Reichspräsident in unmittelbarer Ausübung seiner ihm verfassungsmäßig zustehenden Staatsgewalt erteilt. (Zurufe links: Wortbrecher. Stimmliche Entrüstungsurufe rechts. Die Deutschnationalen und Völkischen erheben sich von ihren Plätzen. Es entfährt ein ungeschauer Tumult. Auf der Rechten ertönen laute Rufe: Verbrechergesindel, Judenklammer! Der völkische Abg. von Ramin ruft: Kommen Sie doch her, froher Kerl! Grober Lärm und Unruhe im ganzen Saal.) Persönliche Meinungsäußerungen des Reichspräsidenten wie im vorliegenden Fall enthalten keine Anordnung und Verfügung im Sinne der Verfassung und sind nicht dazu bestimmt, unmittelbar in die Staatsschicksale einzugreifen. (Dauernder Lärm, Zwischenrufe links.) Präsident (Lohse erteilt eine Reihe Ordnungsrufe.) Es ist daher festzustellen, daß die Kundgebung des Reichspräsidenten einer Gegenzeichnung nicht bedürfte. Die Richtlinien der Politik werden nach der Verfassung vom Reichskanzler bestimmt, der die Verantwortung dafür trägt. Eine entschädigungslose Enteignung der normalen regierenden Fürstendynastien hat die Reichsregierung bereits wiederholt als mit den Grundsätzen eines Rechtsstaates nicht vereinbar bezeichnet. Eine Abschüttung der Verfassungstellung des Reichspräsidenten liegt nicht vor. (Großer Lärm links, Beifall rechts.)

Abg. Barth (Dn.) erklärt, daß keine Fraktion der Vorlage gegenüber dieselbe Haltung einnehmen werde, wie sie schon bei den Kompromißverhandlungen im Rechtsausschuß eingenommen wurde. Die entschädigungslose Enteignung der Fürstendynastien bedeute eine Verletzung der wichtigsten Grundlagen des Rechtsstaates und der Forderungen der Gerechtigkeit. Es gebühre dem Reichspräsidenten Dank dafür, daß er sich auch hier in der Abwehr gegen den Bolschewismus als getreuer Erbe der deutschen Nation bewährt habe.

Abg. Neubauer (Komm.) übt scharfe Kritik an dem Hindenburgbrief und fordert entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Die Abgeordneten der Rechten verlassen den Saal. Als der Redner dies Verhalten kritisiert, ertönt von rechts her der Ruf: Die Dioten bleiben da! Der Redner begründet ein Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler. Hindenburg habe durch seinen Sohn Verbindung mit den Justizorganisations der Rechten. Hindenburg habe unehrlich gehandelt. (Ordnungsrufe des Präsidenten.)

Abg. von Grüfe (völk.) lehnt die Enteignung der Fürsten ab, ebenso aber auch die Regierungsvorlage und erhebt Protest gegen die klanlosen Vorwürfe, die gegen Hindenburg gerichtet wurden.

Abg. von Guérard (Str.) gibt unter lebhafter Beweismenge des Hauses eine Erklärung der Zentrumsfraktion ab, wonach die Anwesenheit des Hindenburg-Briefes durch die Erklärung des Reichskanzlers nicht erwidert sei. Der Brief sei an sich ein politischer Akt. Er behandle die aktuellste politische Frage der Gegenwart, eine Frage von einer solchen Tragweite, daß sie das deutsche Volk in außerordentlichem Maße aufgewühlt habe. Wir

sind dabei, so erklärt der Redner, der Meinung, daß der Brief wegen der überparteilichen Stellung des Reichspräsidenten nicht geschrieben worden wäre. (Lebhafte Zustimmung links.) Unverantwortlich aber sei das Vorhaben des Herrn von Ebeling und seiner Hintermänner. Das Wirken dieses Mannes sei geradezu volksfeindlich. (Lebhafte Zustimmung links.) Er schädigt die Integrität der Stellung des Reichspräsidenten, was wir im Interesse des deutschen Vaterlandes aufs Tiefste bedauern. (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Abg. Koch (Dem.) erklärt ebenfalls, daß die demokratische Reichstagsfraktion der Erklärung der Reichsregierung nicht in allen Punkten beitreten könne. Die demokratische Partei halte gegenüber dem Reichspräsidenten an der durch seine Stellung und Persönlichkeit gebotenen Haltung fest. Sie bedauere, daß man sich nicht scheute, ihn in den Vordergrund des politischen Kampfes zu stellen.

Abg. Kollath (Wirtschaftl. Ver.) vertritt den Volksentscheid aus Gründen der Gerechtigkeit und Moral.

Damit schließt die Aussprache. Die Vorlage geht an den Rechtsausschuß.

Ueber das kommunistische Mißtrauensvotum wird am Freitag abgestimmt.

Es folgte die 1. Lesung des deutsch-russischen Vertrags.

## Brasilien tritt aus dem Völkerbundsrat aus.

Genf, 10. Juni. Mello Franco, der seit der Wahl Brasiliens zum nichtständigen Ratsmitglied im September 1925 sein Land im Völkerbundsrat vertritt, hat heute nachmittag erklärt, daß Brasilien von heute ab auf seinen nichtständigen Ratsstuhl verzichtet. Er begründete diesen Schritt Brasiliens, der keineswegs mit dem Austritt Brasiliens aus dem Völkerbund identisch ist, mit Erwägungen juristischer und politischer Art.

Die Ratsmitglieder zum Austritt Brasiliens — Beendigung der 10. Tagung des Völkerbundsrats.

Genf, 10. Juni. Nach der von Mello Franco verlesenen Erklärung über Brasiliens Verzicht auf seinen nichtständigen Ratsstuhl gab Präsident Guani (Uruguay) seinem tiefen Bedauern über diese Mitteilung Ausdruck.

Nach diesen Worten wollte Mello Franco seinen Ratsstuhl verlassen, wurde aber durch eine Geste des Präsidenten zurückgehalten, worauf Chamberlain sich im Namen aller Ratsmitglieder den von Guani geäußerten Worten des Bedauerns anschloß. Vielleicht könne Brasilien noch politische Gründe finden, um seinen Entschluß, der nach der Auffassung Chamberlains heute zwar angezeigt, aber nicht tatsächlich angemeldet wurde, einer Nachprüfung zu unterziehen. Scialoja, der wiederholt die auf ethischer Grundlage beruhende enge Freundschaft zwischen Italien und Brasilien betonte, wies auf die große Verlegenheit hin, die für den Völkerbundsrat gerade in dem Augenblick entstehe, wo er eine Lösung des schwierigen Problems der Ratsreform suche. Seine Ausführungen gipfelten in der Erklärung, daß eine Demission nicht gültig sei, solange sie nicht angenommen werde. Juristisch betrachtet, müsse Brasilien im Rat so lange mitarbeiten, bis die Völkerbundsversammlung anders beschloßen habe. Der Rat müsse vollzählig und arbeitsfähig bleiben und er bitte Mello Franco, beim Präsidenten der brasilianischen Republik seinen ganzen Einfluß geltend zu machen, damit dieser seinen Entschluß bis zur Entscheidung im September durch die Völkerbundsversammlung zurückstelle.

Paul Boncour erklärte, daß der Rat überhaupt kein Recht habe, diese Demission anzunehmen und daß nur die Völkerbundsversammlung, die Brasilien das Mandat im Rat übertragen habe, diesen Auftrag zurücknehmen könne. Vom juristischen Standpunkt aus bleibe Brasilien Mitglied des Völkerbundsrats, weil ein Willensakt der brasilianischen Regierung so lange zur Demission nicht genügend sei. — Jhiti-Japan und Dr. Benech schlossen sich diesen Gedankengängen an. — Mello Franco dankte für die ihm persönlich und seinem Lande erwiesenen Sympathieausdrücke, die von der Öffentlichkeit Brasiliens mit Genugtuung werden würden. Im übrigen habe er keine Vollmachten, zu den Ausführungen Scialojas und Paul Boncours Stellung zu nehmen. Das sei einzig und allein Sache der brasilianischen Regierung, der er diese Erwägungen zur Kenntnis bringen werde. Mello Franco verließ dann den Ratsaal, während gleichzeitig der Völkerbundsrat zu einer geheimen Sitzung zusammen-

trat, die einigen noch unerledigten Punkten der Tagesordnung galt. Die geheime Sitzung dauerte nur eine halbe Stunde. Mit ihrem Abschluß wurde gleichzeitig die 40. Tagung des Völkerbundsrats für beendet erklärt.

Spanien und die Ratsfrage.

Genf, 11. Juni. Die gestrige Schlußsitzung des Völkerbundsrats brachte vor der Erklärung Mello Francos und den Antworten der verschiedenen Ratsmitglieder, die Erklärung des spanischen Vertreters Luer Boule, wonach seine Regierung sich nicht in der Lage sieht, eine Regelung anzunehmen, durch die Spanien den Rang eines Landes zweiter Klasse erhalten würde. Die Meinung Spaniens in der Ratsfrage bleibe daher unverändert.

Alsdann genehmigte der Völkerbundsrat den Bericht des japanischen Ratsmitgliedes über die Vorschläge der Studienkommission für die Ratsreform. Mello Franco enthielt sich der Stimme.

Ein Zwischenfall im Völkerbundspalast

Genf, 10. Juni. Heute vormittag um 10.30 Uhr ereignete sich im Völkerbundspalast eine außergewöhnliche Ständelzene. In die Sitzung des Ungarischen Komitees des Völkerbundsrates, das um 10 Uhr zusammengetreten war, drang plötzlich ein Gruppe von Demonstranten des Pariser Blattes „Le Nouvelliste“ der Generalsekretär der ungarischen republikanischen Partei und Sekretär des Führers der Pariser ungarischen Emigranten, Juszt, ein. Er verlas eine Protesterklärung gegen den Grafen Bethlen. Nach der Verlesung ging er auf Graf Bethlen zu und gab ihm eine Ohrfeige. Er wurde auf der Stelle verhaftet. Naturgemäß erregte dieser Vorfall außergewöhnliches Aufsehen.

Genf, 11. Juni. Jwan de Juszt, der gestern nachmittag im Völkerbundshaus den ungarischen Ministerpräsidenten injuliert hatte, beschränkte sich vor dem Polizeikommissar auf die Erklärung, daß er aus politischen Gründen gehandelt habe und seine Tat nicht bedauere.

Budapest, 10. Juni. Das ungarische Ministerium des Innern hatte, wie das Ungarische Tel. und Korrespondenzbüro zu der Beleidigung des Grafen Bethlen in Genf mitteilt, schon im Voraus davon Kenntnis erlangt, daß gegen Ministerpräsident Bethlen in Genf eine Insulte beabsichtigt werde. Es habe durch die Genfer ungarische Vertretung die Schweizer Behörden davon verständigt, damit sie die notwendigen Schritte ergreifen.

Saargebiet und Völkerbund

Das Saargebiet war von jeher ein Sorgenkind des Völkerbundes, d. h. nicht in dem Sinne, daß die Saarbevölkerung es etwa hätte an dem guten Willen fehlen lassen. Ganz im Gegenteil: der Völkerbund verleugnete in dem letzten Jahr mehr als einmal seine Vaterpflicht und behandelte eins der ersten seiner Kinder in einer Weise, die jede Rechtsgrundlage vermissen ließ und die gerade deshalb von uns auf das schmerzlichste beklagt werden mußte. Die deutsche Saarbevölkerung hat durch ihre mannhafteste Haltung in den Jahren der Völkerbundsbesatzung, die nichts anderes als ein Regieren des französischen Ufurpators darstellte, dem rechtsrheinischen Deutschland die Hilfeleistung in der Bekämpfung der französischen Gewalttätigkeit an der Saar weitgehend erleichtert. Das läßt sich nicht leugnen. In der Regierungskommission des Saargebietes hat sich in der Zwischenzeit gar manches geändert. Viele Französlinge sind abgegangen und das deutsche Element konnte wenigstens wieder im bescheidenen Maße auch in der Verwaltung Berücksichtigung finden. Die gute politische Spürnose der deutschen Parteien an der Saar hielt aber die große Masse der Bevölkerung von einer allzuoptimistischen Auslegung der Veränderung des früheren Regimes zurück. Man konnte ja nie wissen, ob nicht das Heer der französischen Beamten, das bei der französischen Vergoewaltung ist, noch einmal zusammen mit ihren Stammesbrüdern in der Regierungskommission zu einem Schloge gegen deutsches Land und deutsches Volk an der Saar auszuholen würde. Verschiedene Anzeichen hatten zudem darauf hingedeutet, daß bei der Besetzung der maßgebenden Kommissarstellen der Saarregierung im Frühjahr dieses Jahres nur die Fassade aufgeputzt worden ist, während der Kern der Völkerbundsverwaltung trotz aller Umstellungen und Neueinstellungen im Grunde doch frankophil geblieben war. Wie recht die Bevölkerung mit ihrer klugen Zurückhaltung im endgültigen Urteil über die neuen Verhältnisse getan hat, beweisen am besten die Vorgänge der letzten Tage und wird weiterhin beweisen das Nachspiel in Genf.

Angelpunkt sämtlicher französischer Bestrebungen, im Saargebiet eine Vorherrschaft Frankreichs unter dem Deckmantel des Völkerbundes aufzurichten, ist von jeher das französische Militär gewesen. Das Ringen der Saarbevölkerung um Befreiung von dem schweren Joch mußte deshalb in dem Ziel gipfeln, die französischen Truppen, die sich, wie ja hinreichend bekannt ist, entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrages im Saargebiet aufhalten, aus dem Lande herauszubekommen. Der Franzose Kault, der frühere Präsident, hat das stets zu hintertreiben gewußt, indem er den sehr billigen Vorwand machte, die Saarregierung benötige zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung französisches Militär, da eine ausreichende Sicherheitspolizei nicht bestehe. In Genf, aber noch mehr in London, erkannte man bald die Fadenähnlichkeit der Gründe des Herrn Kault. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung verstand man sich dazu, der Regierungskommission des Saargebietes die Aufstellung einer örtlichen Gendarmerie zu befehlen. Aber auch dann noch ließ Herr Kault nicht nach, er sabotierte den Aufbau dieser Polizeitruppe systematisch, ohne jedoch verhindern zu können, daß im Zuge der neuzeitlichen Aufklärung ein Aufrechterhalten seines Standpunktes bald unmöglich geworden war.

Der Kampf gegen die Anwesenheit der französischen Truppen im Saargebiet erreicht nunmehr seinen Höhepunkt darin, daß die Regierungskommission des Saargebietes unter ihrem neuen Präsidenten, dem Kanadier Stephens, zum ersten Mal, wenn auch in drei getrennten Denkschriften, so doch überhaupt in einer Weise Stellung genommen hat, die es als aussichtsreich erscheinen läßt, daß eine günstige Wendung bevorsteht. Die drei widersprechenden Gutachten, die die innere Uneinigkeit der Regierungskommission des Saargebietes zeigen, sind der beste Beweis dafür, daß wirklich durchschlagende Gründe für die künftige Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet nicht vorgebracht werden können. Der Präsident Stephens erklärt in seinem Gutachten ausdrücklich, daß es keine rechtliche Begründung gebe. Er hat sogar den Mut, zu sagen, daß die Anwesenheit dieser Truppen mit dem Geist und den Buchstaben des Versailler Vertrages unvereinbar ist. Ein wahres mannhaftes Wort, auf das wir leider schon allzu lange gewartet haben. Es darf nicht Wunder nehmen, daß der französische Klüngel in der Regierungskommission, bestehend aus dem französischen, belgischen und tschechischen Mitglied, in einer eigenen Denkschrift einen letzten Versuch unternimmt, die französischen Truppen im Saargebiet wenigstens in der Stärke von zwei Bataillonen zu erhalten. Uns will scheinen, daß auch das verhindert werden muß. Nur bei reiflicher Reifung des Saargebietes von fremden Militärpersonen wird man den traglichen Zustand wieder herstellen können. Der Völkerbundsrat wird sich aber erst im Herbst mit der Sache befassen.

Die Saarfrage in Genf vertagt

Genf, 10. Juni. Der Völkerbundsrat vertagte in der Frage des weiteren Verbleibens französischer Truppen im Saargebiet zur Sicherung des Durchgangsverkehrs von Frankreich nach dem besetzten deutschen Gebiet seine Entscheidung auf die nächste Tagung im September. Gleichzeitig wurde das saarländische Mitglied der Regierungskommission für das Saargebiet, Kohnmann, ermächtigt, den Präsidenten der Regierungskommission, Stephens, während seiner Abwesenheit im Juni zu vertreten. — Diese Entscheidung bedeutet eine Billigung des weiteren Verbleibens der Truppen im Saargebiet.

Der Fall Lessing

Hannover, 9. Juni. In dem Gerichtsverfahren zur Untersuchung des studentischen Verschuldens sollte Professor Lessing vor dem Amtsgericht vernommen werden, verweigerte aber seine Aussage.

Die Hochschullehrer in Hannover zum Fall Lessing

Hannover, 10. Juni. Die Vollversammlung des Lehrkörpers an der Techn. Hochschule in Hannover hat einstimmig beschlossen, an den preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ein Schreiben zu richten, in dem es u. a. heißt: Der Widerstand der Studentenschaft gegen die Lehrtätigkeit des Privatdozenten Prof. Dr. Lessing ist ein so tiefgehender, daß er durch Zwangsmaßnahmen nicht überwinden werden kann. Dank unserer Vertrautheit mit der Lebensart der Studierenden erklären wir, daß die erfolglos und noch zu erwartenden Mahnrufen nicht Frieden und Ordnung bringen werden, sondern eine Abwanderung der Studierenden die unvermeidliche Folge sein wird. Die Auswirkungen werden auch die Forschungstätigkeit empfindlich beeinträchtigen, unter anderem dadurch, daß die tiefgehende Enttäuschung bereits auf weite Kreise übergriffen hat, die die wissenschaftliche Forschung an den Hochschulanstalten bisher aus wirksamer gefördert haben. Wir können uns nicht davon überzeugen, daß die Lehrtätigkeit des Herrn Lessing eine Verschönerung verdient, die dieses große Opfer rechtfertigt. Wir sind uns einig, daß Herr Lessing nach seinem unabweislichen Verhalten und seiner ungeheuerlichen Beerdigung der eisenen Hochschule nicht mehr würdig ist, Mitglied des Lehrkörpers zu sein. Wir richten an den Herrn Minister die dringende Bitte, sofort einen geeigneten Weg zu beschreiten, um Herrn Lessing schleunigst zur Aufgabe seiner venia legendi zu veranlassen. Wir wählen ferner nicht, wie eine Schlichtung der Hochschule vermieden werden könnte, sind uns aber bemüht, daß die Verantwortung für diese einschneidende Maßnahme uns nicht treffen kann.

Neues vom Tage

Freiherr von Wangenheim gestorben

Berlin, 10. Juni. Freiherr von Wangenheim, der Führer der deutschen Landwirte, ist heute vormittag an den Folgen des vor einigen Tagen erlittenen Unfalles gestorben.

Aufhebung des Reichsgesetzes über die Schutzpolizei der Länder

Berlin, 10. Juni. Die Reichsregierung hat den vom Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit den beteiligten Ländern vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Reichsgesetzes über die Schutzpolizei der Länder vom 17. Juli 1922 zugestimmt.

Protest gegen Staatssekretär Schmid

Berlin, 10. Juni. Wie der „Vorwärts“ meldet, hat im Anschluß an die Sitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt Reichsanwalt Marx die Abg. Solmann und Kirchmann als Vertreter der rheinländischen Sozialdemokratie empfangen. Sie erklärten, daß mit dem neu ernannten Staatssekretär im Ministerium für die besetzten Gebiete ein widersprüchliches Zusammenarbeiten unmöglich sei. Politisch interessant war die Debatte im Hauptauschuß, die vom Zentrum und den Sozialdemokraten wegen der Ernennung des bisherigen Generalkommissars der besetzten Gebiete, Dr. Schmid, zum Staatssekretär entfiel wurde. Herr Schmid ist Mitglied der volksparteilichen preussischen Landtagsfraktion. Es war ein eigenartiges Bild, als ein Zentrumsmember nach dem anderen aufmarschierte und dem Reichsanwalt Dr. Marx schwere Vorwürfe machte, daß er diesen Mann zum Staatssekretär ernannt habe, der das Vertrauen der besetzten Gebiete verloren habe.

Endgültige Annahme des deutsch-russischen Vertrages im Reichstag

Berlin, 10. Juni. Im Reichstag wurde der deutsch-russische Vertrag in allen 3 Lesungen einstimmig angenommen. Dagegen stimmten nur einige aus der Partei ausgeschlossene kommunistische Abgeordnete.

Vier deutsche Fremdenlegionäre zum Tode verurteilt

London, 10. Juni. „Daily News“ meldet aus Kairo, daß sechs Fremdenlegionäre, nämlich vier Deutsche, ein Engländer und ein Amerikaner wegen Fahnenflucht zum Tode verurteilt worden seien. Sie saßen jetzt in Damaskus ihrer Hinrichtung entgegen. Die Legionäre desertierten infolge der Härte des Dienstes, wozu sie die Nähe der transjordanischen Grenze verleitet. Sie fielen aber in die Hände von Eingeborenen, die sie den Franzosen auslieferten. Mehrere andere Fluchtversuche waren erfolgreich.

Die englische Kohlentriste

London, 10. Juni. Mittwochabend fand eine Sitzung des Kohlenkomitees des englischen Kabinetts statt, um die durch den völligen Abbruch der Verhandlungen im Kohlenbergbau geschaffene Lage zu beraten. In Regierungskreisen wird die Lage als sehr ernst betrachtet.

Ein Brief Pilsudski

Warschau, 10. Juni. Marschall Pilsudski hat an den Ministerpräsidenten Bartel einen Brief gerichtet, in dem er seine Ansichten über sein Verhältnis zu den höchsten staatlichen Stellen und den Vertretungskörpern auspricht. Er als Kriegsminister fühle sich verantwortlich gegenüber dem Staatspräsidenten als obersten Kriegsherrn, gegenüber dem Ministerpräsidenten als Mitglied des Ministerrats und gegenüber dem Landtag im Sinne der Bestimmungen der Verfassung. — Jedoch lehne er eine Verantwortlichkeit dem Senat gegenüber als gesetzlich ungerechtfertigt ab. Er werde als Garantie seiner Verantwortlichkeit dem Ministerpräsidenten sein Demissionsgesuch einreichen, der dann zu jeder beliebigen Zeit, wann immer er es für notwendig halte, dessen Gebrauch machen könne. Schließlich fordert Pilsudski das Wiedertreten des seinerzeit von ihm im Januar 1921 erlassenen Gesetzes über die Kommandostellen im Heere. Der Ministerrat hat den Brief Pilsudskis zur Kenntnis genommen und in allen Punkten gebilligt.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 9. Juni. Im Landtag gab es am Donnerstag bei Beratung des Kulturhaushalts eine ausgedehnte Theaterdebatte, veranlaßt durch die Aufführung des Stückes „Der frühe Weinberg“ im Württ. Landestheater. Frau Abg. Riß (Ztr.) vertrat den Standpunkt, daß bei der Auswahl der Stücke an der Grundlage der christlichen Moral und Sittlichkeit nicht gerüttelt werden dürfe, da andernfalls das Zentrum künftig die Verantwortung für das Landestheater nicht mehr mittragen könne. Frau Abg. Mann (Soz.) dagegen verlangte die Freiheit der künstlerischen Gestaltung und sprach von übertriebener Prüderie. Sehr scharfe Töne gegen das Stück land der Abg. Dr. W. D. (K.P.). Er bedauerte, daß das Stück nach dem ersten Probestück nicht abgesetzt wurde und betonte die Verantwortung des Landtages für die Kunst- und Kulturlage im Landestheater. Abg. Strödel (Komm.) meinte, in den früheren Weinbergen rund um Stuttgart herum spielten sich noch andere Dinge ab. Er beschwerte die hohen Gagen am Theater als einen Skandal und lobte die Leistungen des Orchesters. Abg. Scherf (Dem.) vertrat die Auffassung, daß das Parlament nicht mit solcher Schärfe in die Verantwortungsfrage der Theaterleitung hineingreifen sollte. Kultusminister B. H. erklärte, daß der Kultusminister die Verantwortung für die Landestheater trage, aber nicht bestimmen könne, welche Stücke aufgeführt werden, da sein einziger Generalintendant sich eine freie Einmischung gefallen lasse. Frau „Frühling Weinberg“ habe der Minister nichts verstimmt. Jeder entsetze der falsche Eindruck, als schäme der Staat die aufgeführten Stücke. Das Stück wurde von Anfang an gekürt und hätte nur noch vor geschlossenen Vereinigungen gesehen (Janz: Doch eine Schweinigel). Zur Aufführung sei es allerdings nicht geeignet und der Intendant werde sich darnach richten. Wenn man ihm für seine Leistungen den Dank ausspreche, so werde dem wohl auch das Zentrum und die rechte Seite des Hauses stimmen.

Weiterhin wurden dann Bestimmungen zu den Kosten Lehrerbildungsanstalten und Volkshochschulen nachgeholt und dabei die Auswahlanträge angenommen, welche bezwecken die Entlohnung der Bezirksschulaufseher, die Verbesserung der räumlichen Unterbringung der Bezirksschulämter, die Vermehrung der Zahl der planmäßigen Stellen, der Einstellung von Zuziehern als Schulpraktikanten und die Milderung der Unterrichtsverpflichtung, ferner die Umwandlung der noch bestehenden Sonntagsschulen in werktätige Fortbildungsschulen. Angenommen wurde beim Kon. Souffrierer Entwurf für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ein Antrag Dr. Hölcher (K.P.), dem Deutschen Volksinstitut für 1928 und 1927 je 50 000 M. einmala zu bewilligen. Beim Kon. 86 (Landesamt für Denkmalspflege) trat namentlich die Abg. von Heber (Dem.) und Dr. Schermann (Ztr.) für die Erhaltung der Madonna von Stumpf ein. Ministerialrat Frey betonte, daß man ein wirkliches Denkmalschutzgesetz schaffen müsse.

Zum Schluß der Sitzung begann man noch die Beratung des Justizhaushalts, die Justizminister Bezzele mit einer längeren Rede einleitete. Er wies auf die Steigerung der Prozesse infolge der wirtschaftlichen Depression sowie auf die schwere Belastung der Gerichte durch die Aufwertungsschäfte hin und bezeichnete das Mißverhältnis zwischen Rändern und unabhängigen Stellen als einen Zustand, der mit dem Erfordernis einer geschwunden Rechtspflege und einer unabhängigen Justiz im Widerspruch steht. Der Minister sollte den Bestimmungen des Württ. Notariats große Anerkennung und erklärte, daß die württ. Regierung eine einheitliche Reichsregelung des Notariats ablehne, da sie einen Umsturz der ganzen württ. freiwilligen Gerichtsbarkeit zur Folge hätte. Weiterhin wandte sich der Minister gegen den Vorwurf der Inoperanz im Justizministerium und betonte schließlich die Notwendigkeit, die Fürsorgepflicht für die entlassenen Gefangenen auf eine neue Grundlage zu stellen.



# Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 11. Juni 1926.

**Die Sonderzüge nach Schramberg.** Auf die am nächsten Sonntag von Stuttgart und von Pforzheim nach Schramberg verkehrenden Sonderzüge sei hiermit nochmals aufmerksam gemacht, da sie die günstige Gelegenheit bieten, in Schramberg und Umgebung sich beinahe 10 Stunden aufzuhalten, wobei daselbst verschiedene gefällige Veranstaltungen geboten werden. Auch stehen in Schramberg Kraftwagen zum billigen Einheitspreis von einer Mark zu Hin- und Rückfahrten in die Umgebung (Bernsdorf, Tennensbrunn und Lauterbach-Höhrenbühl und zur.) zur Verfügung. Ganz besonders sei noch auf die Zugverbindungen u. darauf hingewiesen, daß von Stuttgart außer dem Sonderzug auch der fahrplanmäßige Zug Stuttgart ab 5 Uhr vorm., Eutingen ab 6,50 Uhr, Freudenstadt ab 7,51, Schramberg an 9 Uhr vorm., ebenso der fahrplanmäßige Zug Pforzheim ab 5,30 Uhr vorm., Calw an 6,33, Wildberg an 7,03 Uhr vorm. Diese fahrplanmäßigen Züge kommen für solche Teilnehmer in Betracht, die an Stationen einsteigen wollen, an denen der fahrplanmäßige Zug hält, der Sonderzug aber nicht hält. In der Richtung von Pforzheim können dann die Teilnehmer von den gesamten Zwischenstationen von Liebelszell, Calw oder Wildberg ab in den nachfolgenden Sonderzug umsteigen. Ebenso verkehren von Schramberg weg abends außer den beiden Sonderzügen der fahrplanmäßige Zug Schramberg ab 8,25 Uhr nachm., Freudenstadt ab 8,14, Stuttgart an 11,50 Uhr nachm., Pforzheim an 11,35 Uhr nachm., mit Halt an allen Zwischenstationen. — Auf der Nebenbahn Nagold-Altensteig hat man Anschluß an den Sonderzug Altensteig ab 5 Uhr früh, Sonderzug Nagold ab 7,30 Uhr, bei der Rückfahrt Anschluß an Zug 21, Nagold ab 10,05 Uhr abends.

**Nachträgliches zum Viederefest in Güttingen.** Es wird uns geschrieben: Bei dem Bericht über das Gaultiederefest in Güttingen unterließ ein Druckfehler: Der von Ueberberg gefungene Sang stammt nicht von R. Schaub, sondern von R. Schmid-Nagold. Im Interesse der Sache seien noch einige Urteile über dieses Lied nebeneinander gestellt: Ein Dirigent mit einem la Preis, der jahrelang Musikberichterstatte in Stuttgart war (Experte), hatte aufgeschrieben la-1b und urteilte: Das erste Lied, so recht von Herzen gesungen, eine seine Leistung. Nach Bekanntwerden des Ergebnisses: Unmöglich und völlig unverständlich. Ein anderer meinte: Fein und lauber gesungen von Anfang bis zu Schluß; einer hatte aufgeschrieben: Einfach, aber sehr gut. Wieder ein Dirigent mit einem la Preis meinte: Das Lied wurde fein gesungen, lieb, wie's einfach gesungen gehört, — aber es ist kein Preislied. Das sagt alles: Ein edles, echtes Volkslied ist ungeeignet, an einem Sängerefest gesungen zu werden, warum? Weil es einfach und schlicht gesungen werden will und keine Gelegenheit bietet, musikalische Hohlheiten und Salbereien mit prunelnder Dynamik, pikanter Aussprache usw. zuzudecken. Es erübrigt sich, Weiteres über das Preisfesten zu sagen. Keinen 16 Sängern aber zu Trost und Aufmunterung, was uns ein Dirigent (mit einem lb Preis) nachrief: Unter Preis gehört euch!

**Nagold, 9. Juni.** (Gemeinderatsitzung am 9. Juni.) Die Lieferung der Wasserleitungsrohre zu der geplanten Erweiterung des städtischen Wasserwerks erhielt die Fa. Schiller, Cannstatt, zu einem Angebotspreis von 17 226,45 M. Das nächsthöhere Angebot einer hiesigen Firma betrug 18 087 M. — Die Pläne für das städt. Fluß-, Luft- und Sonnenbad hat das Stadtbauamt vorgelegt. Sie befriedigen durchaus und werden anerkannt. Die Sammlung der hiesigen Vereine ist zwar noch nicht durchgeführt, sie wollen aber alles dranlegen, um die übernommenen Pflichten so rasch als möglich zu erfüllen. Für eine Zeichnung von je 4 Mark wird ein Jahresabonnement gewährt; Kinder die Hälfte. Bedauert wurde der geringe Beitrag der Ortskrankenkasse, der zudem noch mit Bedingungen behaftet ist. Da die Anzahl nunmehr so rasch als möglich fertiggestellt werden soll, werden die Arbeiten sofort vergeben. Auf Grund der eingehendsten Angebote erhalten die Grab-, Betonier- und Maurerarbeiten Gottlob Harr, Steinhauermeister hier, zu 1195,50 M. die Zimmerarbeiten Friedrich Frey, Zimmermeister hier, zu 2618,50 M. die Schreinerarbeiten Christian Schüle, Schreinermeister, um 618 M. Der Gesamtaufwand ist zu 5900 Mark veranschlagt, ohne den Wert der aus dem städtischen Vorrat entnommenen Ziegel. — Landwirtschaftliche Winterschule. Die für die Landwirtschaftliche Winterschule im 2. Stock der Präparandenanstalt vorgesehenen Räume müssen gründlich in Stand gesetzt, auf Verlangen der Zentralstelle für die Landwirtschaft ein weiteres Lehrmittelzimmer durch eine besondere Wand vom 2. Saal abgetrennt werden; auch muß die Beleuchtungsanlage verbessert, und ein Aufbewahrungsraum für Fahrräder geschaffen werden. Die Kosten belaufen sich auf 2200 Mark, wozu die Amtskörperschaft einen Beitrag von 500 Mark in Aussicht nimmt. Der Vertrag über die unentgeltliche Ueberlassung der Räume an die Amtskörperschaft wird auf die Dauer von zunächst drei Jahren abgeschlossen. — Kassenstunden bei der Stadtpflege. In letzter Zeit ist bei der Stadtpflege der vorgeschriebene unvermutete Kassensturz mit völliger Nachrechnung vorgenommen worden. Da die Stadtpflege neben den Kassengeschäften auch noch andere Geschäfte zu betreiben hat, erweist es sich als notwendig und zweckmäßig, die Kassengeschäfte auf die Vormittagsstunden zu beschränken. Dem wird zugestimmt. — Ausrüstung der Weckerlinie. Die Weckerlinie benötigt dringend Räder und Seile mit Karabinerhaken, sowie einige Seilbremsen, Mannschaftshelme und Karabinerhaken. Was nicht durch Beiträge gedeckt wird, wird auf die Stadtkasse übernommen. — Sonstiges. Zur Abstimmung über

den Volkseinstieg zur Enteignung des Fürstentums am 20. d. M. wird die Stadt wieder in die bekannten zwei Abstimmungsdistrikte eingeteilt. — Um die städt. Dreieckfläche Parz. Nr. 90 am Unterwehr bewerben sich mehrere Liebhaber. Das Grundstück soll im öffentlichen Aufsteig an den Meistbietenden auf die Dauer von zunächst 5 Jahren verpachtet werden. — Rudolf Graf, Sägewerksbesitzer hier, will vom städtischen Feldweg 122 im Glotentrain abweigend zu seiner Privat-Ragoldbrücke einen Privatweg bauen und zu diesem Zweck den städtischen Feldweg 122, soweit er unregelmäßige Steigungsverhältnisse aufweist, abgraben. Unter den besonderen Bedingungen des Stadtbauamts wird dem Gesuch entsprochen. — Der Ortsausschuß für Leibesübungen und Jugendpflege in Nagold bietet zur Durchführung der Reichsjugendwettkämpfe und einer Werberanstaltung um einen Beitrag von 100 M., ebenso der Verlobung Nagold zur Beschaffung von 6 Saalmaschinen. Nach eingehender Debatte wird schließlich ein Beitrag von je 50 Mark gewährt. — Oberämterausstellung? Im Anschluß an die Gemeinderatsitzung fanden sich Vertreter von Handel und Gewerbe, der Landwirtschaft, der Behörden und der Kirchen, sowie Vertreter sämtlicher politischer Parteien zusammen, um gegen die in Stadt und Land zirkulierenden, das Land beunruhigenden Oberämterausstellungspläne im Allgemeinen Stellung zu nehmen. Die Versammlung ist zwar einmütig davon überzeugt, daß der Bezirk Nagold bei keinen wirtschaftlichen, geographischen und Verkehrs-Verhältnissen ohne schwerste Schädigung der Interessen der Bezirkseinwohner nicht aufgehoben werden kann und sie weiß auch, daß das Oberamt Nagold in den bisherigen Abbauplänen, die die Regierung ernstlich erwog, nicht enthalten war; sie warnt aber trotzdem einstimmig und mit ausdrücklicher Zustimmung aller Parteien, die die Öffentlichkeit beunruhigenden, unerlösten Abbaupläne weiter zu verfolgen, die keinen Pfennig Ersparnis für die Staatskasse, nur Mehraufwendungen für die Bezirkseinwohner und Erhöhung statt Minderung der Amtshabendenlasten mit Sicherheit bringen werden und die den Eigenheiten des württembergischen Volkes und der geschichtlichen und traditionellen Entwicklung der württ. Verwaltungsorganisation nicht Rechnung tragen, ganz abgesehen von den wirtschaftlichen, kulturellen und ideellen Schädigungen der Landoberramtsstädte, deren Schäden letzten Endes auch die Schäden der Bezirksgemeinden sind. Gegebenenfalls wird diesem ersten Protest noch besonderer Nachdruck verliehen.

**Freudenstadt, 10. Juni.** (Vom Dach gestürzt.) In Oberdrantsch war die 20jährige Emilie Kübel, Tochter des Anwalts Georg Kübel, beim Dachumdecken behilflich. Sie stürzte, da sie schwindlig wurde, in die Scheune hinab und erlitt einen Schädelbruch, der nach wenigen Stunden den Tod herbeiführte.

**Kottweil, 9. Juni.** Der Gedanke, Kottweil zu einem Lustkurort zu machen, nimmt allmählich feste Gestalt an. In den nächsten Tagen gibt der Fremdenverkehrsverein ein 10seitiges Werbeblatt heraus, das in 20 000 Exemplaren herauskommt und an jeden Fremden, der nach Kottweil kommt, oder Gesellschaften, die nach Kottweil kommen, unentgeltlich verteilt wird. Das Werbeblatt besteht aus einer kurzen Beschreibung Kottweils und der wichtigsten Plätze. Angehängt ist ein Verzeichnis der Gaststätten Kottweils mit genauer Preisangabe. Geschnitten ist das Blatt mit 9 der schönsten Ansichten aus Kottweil und der näheren Umgebung. Von dieser Art Reklame verpriet man sich sehr viel.

**Kottweil, 8. Juni.** (Ein Kriegsoffer.) Heute stürzte sich ein hiesiger junger Mann von der Hochbrücke beim ersten Bogen kopfüber in den Stadtgraben. Er trug schwere Kopfverletzungen davon und nur dem durch den Regen aufgeweichten Boden ist es zuzuschreiben, daß er nicht sofort tot war. Er konnte sich noch in seine Wohnung schleppen, von wo aus er nach Anlegung eines Notverbandes durch die Sanitätskolonne ins Bezirkskrankenhaus verbracht wurde. Der Unglückliche hat im Krieg eine schwere Kopfverletzung erlitten.

**Stuttgart, 10. Juni.** (Der neue Infanterieführer.) Oberst v. Stülpnagel, der Kommandeur des 4. preussischen Infanterieregiments in Kolberg, ist zum Infanterieführer der 6. Division in Stuttgart ernannt worden.

**Eröffnung der Werbeschau.** Die rührigen Ortsgruppen des „Verbands deutscher Reklamefachleute“ und des „Bundes deutscher Gebrauchsgraphiker“ als repräsentative Träger der „Werbeschau Stuttgart“ haben es sich nicht nehmen lassen, am Eröffnungstag, Samstag, 12. Juni abends ein Künstlerfest zu veranstalten, zu dem auch die Kunststiller mit ihren Angehörigen, Freunden und Bekannten eingeladen sind.

**Riesheim u. L., 10. Juni.** (Trautige Botschaft.) Am Sonntag nachmittag verlor bei Rotibus der Tierarzt Dr. Hegner die Gewalt über sein Motorrad, fuhr gegen einen Felsen und wurde ebenso wie sein Mitfahrer, Zahnarzt Dr. Moser, vom Rad geschleudert. Dr. Moser ist seinen Verletzungen erlegen. Er ist der Sohn von Professor Moser hier.

**Reutlingen, 10. Juni.** (Viederefest.) Nächsten Sonntag findet in unserer Stadt ein Viederefest des Württembergischen Sängerbund statt. Es beteiligen sich daran 33 Vereine, während 12 weitere Gesangsvereine außer Konkurrenz stehen.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Freiheitspruch im Völkowprozeß**  
Berlin, 10. Juni. In dem Prozeß gegen den Freiherren Dr. von Völkow wurde heute mittags das Urteil gefällt. Es lautet: Der Angeklagte Dr. von Völkow ist in den ihm zur Last gelegten 75 Fällen unschuldig und wird freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens fallen der Staatskasse zur Last. Der Vorsitzende gab dann eine einache Begründung des Urteils.

## Handel und Verkehr.

### Getreide

**Stuttgarter Landesproduktionsbüro vom 10. Juni.** Das Getreidebestande in den engen Grenzen. Grundabrechnung für Brotgetreide ist fest. Weizen ausl. ab Rosheim 21—22,3, Weizen 29—30, Sommergerste 19—21, Roggen 19—20, Hafer 18,5—20,5, Weizenmehl 44,5—45,5, Brotmehl 34,5—35,5, Kleie 9—9,50, Weizenkleie 6—7, Rübchen 7—8, Stroh 5—5,5.

**Wannheimer Produktionsbüro vom 10. Juni.** Weizen best. Preis pro 100 Rilo. Ausl. Weizen 30,50—31,75, Roggen 21—22,50, Hafer 20,25 bis 23,25, Braugerste 26—27,50, Futtergerste 18,50—19,50, Weizenmehl Spezial 0 42,50—43,75, Roggenmehl 28,50—31.

### Märkte

**Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 10. Juni.** Zutrieb: 2 Ochsen, 18 Bullen, 47 Jungbullen, 61 Jungrinder, 17 Rube, 150 Rälber, 300 Schweine und 1 Schaf; verkauft wurde alles. Preise: Ochsen nicht notiert, Bullen a und b 48—50, c 41—45, Jungrinder a und b 30—36, c 44—50, d 39—43, Rube a und b 33—44, c 19—20, d 14—17, Rälber 5 71—73, c 64—70, d 59—62, Schafe 80—84, Schweine a und b 75—78, c 70—77, d 74—75, e und f 71—73, Marktverlauf: langsam.

**Wannheimer Viehmarkt vom 10. Juni.** Zutrieb 111 Rälber, 30 Schafe, 80 Schweine, alter Bestand 55 Stück. Preise: Rälber 60—70, Schafe nicht notiert, Schweine 74—80, Marktverlauf: mit Rälbern langsam, geräumt, mit Schweinen langsam, geräumt. Weizenmehl ausgefallen.

**Weilberstadt, 7. Juni.** Viehmarkt. 32 Ochsen 1400 bis 1650 M pro Paar, 65 Stiere 500—1250 M pro Paar, 103 Rube 375—650 M pro Stück, 85 Rälber 450—720 M pro Stück, 72 Kinder 300—520 M pro Stück, 80 Stück Einstellvieh 125—250 M pro Stück. Handel lebhaft, Preise fest. — Schweinemarkt. 1582 Milchschweine 70—120 M pro Paar, 63 Läufer 110—215 M pro Paar. Handel lebhaft. Preise fest. Markt geräumt.

### Solz

**Nagold, 9. Juni.** (Holzerlös.) Für 158 Rm. Beigolz-Rohholz aus Distrikt Gailenberg und Rittlerberge wurden erlöste 2316,70 M, durchschnittlich für einen Raummeter 14,65 M. Verkauf wurde genehmigt.

## Rechte Nachrichten.

### Die gestrigen Ministerbesprechungen

Berlin, 11. Juni. Gestern abend fand, den Blättern zufolge, eine Ministerbesprechung statt, die sich mit den laufenden Angelegenheiten befaßte. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ hört, wurden im wesentlichen Finanzfragen und Angelegenheiten des Saargebietes behandelt. Ueber eine Erledigung der schwebenden Personalfragen verlautet z. Zt. noch nichts, insbesondere noch nichts über die Bestätigung der Wahl der Generaldirektors Dr. Dorpmüller und über die von den Sozialdemokraten und dem Zentrum gegen den Staatssekretär der besetzten Gebiete, Schmid, erhobenen Vorwürfe.

Die Frage der weiteren Behandlung des Kompromißentwurfes über die Volksabstimmung ist gestern abend nach Schluß der Plenarsitzung des Reichstags Gegenstand der Erörterung in verschiedenen Fraktionen gewesen.

### Sonderkredit für landwirtschaftliche Kleinbetriebe

Berlin, 10. Juni. Die Deutsche Rentencreditanstalt ermöglicht es aus den freigemachten eigenen Mitteln 5 weitere Millionen für landwirtschaftliche Kleinbetriebe einschließlich der Pächter zur Verfügung zu stellen, nachdem unlängst bereits 4 Millionen für den gleichen Zweck zur Verteilung gekommen sind. Die Kredite dürfen im Einzelfall nicht mehr als 1000 Reichsmark betragen. Sie entsprechen hinsichtlich der Laufzeit und der Zinsen den Bedingungen der Goldkontokorrent-Anleihe und gelangen durch die Genossenschaften und die Sparkassen zur Auszahlung. Der Landwirt erhält das Darlehen gegen einen Schuldchein, gegebenenfalls gegen Zulassicherheiten und Wechsel. Unterschriften sind nicht erforderlich.

### Jeng-Yu-Siang in Berlin

Berlin, 11. Juni. General Jeng-Yu-Siang, der Begleiter von Wu-Wei-fu und Tchang-folin, ist, aus Moskau kommend, in Berlin eingetroffen.

### Politisches Attentat in Paris

Berlin, 11. Juni. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Paris berichtet, wurde gestern der Direktor der kommunistischen Zeitung „Das neue Georgien“, Beschalen, von einem Georgier in der Nähe des Justizpalastes durch mehrere Schüsse so schwer verletzt, daß er nach kurzer Zeit starb. Der Täter wurde von der Polizei verhaftet. Beschalen kam gerade aus einer Gerichtsverhandlung, die sich mit einer Schlägerei zwischen kommunistischen und nationalistischen Georgiern befaßte und in der er als Zeuge aufgetreten war.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul. Druck und Verlag der W. Ricker'schen Buchdruckerei Altensteig.

## PERFLOR ist besser

### Warum besser?



Schon lange war es das Bestreben der Seifenindustrie, der milden Seifenlauge die Waschkraft und Weichheit der seifenhaltigen Waschlauge zu geben und die Nachteile dieser, die große Schärfe, zu vermeiden.

**Perflor-Seifenlauge als einzige hat dieses Ziel erreicht.**

Perflor, Hammer's D. R. P., ist damit das einzige milde, seifenhaltige Waschmittel. Ohne Lächer in die Wäsche zu setzen oder irgendwie zu schädigen, allein durch das 1/4 flüssiges Waschen gibt Perflor ohne lästiges Reiben schmerzfreie, saubere Wäsche.

**Nehmen Sie die Vorteile dieser neuen großen Erfindung an.**

**PAKET 45 PFG.**

KUNSTSTOFF-FABRIK WILHELMSHAN



# Die schwäbische Bilderbühne

wird am Samstag, den 12. Juni und Sonntag, den 13. Juni je abends 8 Uhr im Saale des grünen Baum in Altensteig den Film von der großen Mount-Everest-Expedition

## „Zum Gipfel der Welt“

vorführen. Der Film stellt ein Kulturdokument ersten Ranges dar und ist ein Wunderwerk der Photographie.

Eintritt: I. Platz 80 Pfennig, II. Platz 60 Pfennig.



**Ata**  
Henkel's Scheuermittel  
das ist  
das Rechte!

### Bezirks-Feuertwehrverband Nagold.

Die Feuerwehren des Bezirks werden zu der am Sonntag, den 13. Juni, mittags 12 Uhr, anlässlich der Ausschussitzung in Simmersfeld stattfindenden

Hauptübung der dortigen Feuerwehr hiemit eingeladen. Der Ausschuss.

Pfalzgrafenweiler.

Am Sonntag, den 13. Juni

## Gaufest des Nagold-Gaues

Morgens 5.30 Rennen (Strecke Pfalzgrafenweiler-Freudenstadt).

Mittags 1 Uhr Aufstellung des Festzugs auf dem Marktplatz.

Auf dem Festplatz: Großes Aufsehen erregendes, noch nie dagewesenes Kunst- und Reizfahren, mit gut besetzter Musik-Kapelle, wozu jedermann, von Nah und Fern, alt und jung freundlichst eingeladen wird.

8 Uhr abends Ball im Sternen.

Der Festauschuss.



Zur Gratulation!

Heut wieder mal seit kurzer Zeit Bekannte Namen sind gern bereit Zu gratulieren herzlichst und fest Herrn Schittler zu seinem Wiegenfest. Die Jünger der schwarzen Kunst.

Herzliche Einladung zum

## Waldfest

in Nischalden

am Sonntag, den 13. Juni, nachm. 2 Uhr

Redner: Stadtpfarrer Deidentreich und Schmidt.

Samstag, den 12. ds. Mts.

### Bibelstunde

8 1/2 Uhr im Gemeindehaus. (Dr. Fuhr, Reutlingen.)

### Radf.-Berein Altensteig.

Abfahrt nach Pfalzgrafenweiler zum Gaufest um 11 Uhr vom Lokal. Zahlreiches Erscheinen erwartet der Vorstand.

### Fürs Kinderfest

hübsche Kleidchen Anzüge Blusen Strümpfe Söckchen  
Chr. Krauß, Altensteig.

Altensteig.

Verpachte meinen

### Grasertrag

(circa 1 Morgen). Liebhaber wollen sich an mich wenden Schilling sen.

### Verloren

gingen auf dem Bahnhof 10 Mark in offenem Briefumschlag. Abzugeben i. der Geschäftsstelle des Blattes.

Einen neuen, vierpferdigen

### Motor

verkauft. Wer? — sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

### Restbestände

in Sommerjoppen in allen Größen hauptsächlich Größe 43—48 sowie Windjacken und Gummimäntel

billigt bei

Reinhold Hayer, Altensteig.

## Bolksentscheid über Enteignung der Fürstenvermögen.

Die Abstimmung findet am Sonntag, den 20. Juni 1926 statt. Die Stimmlisten sind vom 6. bis 13. Juni (je einschließlich) während der üblichen Dienststunden auf den Rathhäusern zu jedermanns Einsicht aufgelegt.

Wer die Stimmlisten für unrichtig oder unvollständig hält, kann binnen der Auflegungsfrist Einwendungen hiegegen bei der Gemeindebehörde erheben.

Abgestimmt wird in den (Stadt-) Gemeinden Nagold, Altensteig, Ebhausen, Hatterbach und Wildberg von vorm. 8 Uhr bis nachm. 5 Uhr, in den übrigen Gemeinden des Bezirks von vorm. 10 bis nachm. 5 Uhr.

Für die Städte Nagold und Altensteig werden je zwei Abstimmungsbezirke gebildet und zwar

Nagold I: Stadtteil aufwärts rechts der Calmer-, Markt- und Hatterbachstraße Wahlort: Rathaus

Nagold II: Stadtteil aufwärts links dieser Straßen. Wahlort: Altes Knabenschulhaus

Altensteig I: Stadtteil links der Nagold Wahlort: Rathaus

Altensteig II: Stadtteil rechts der Nagold Wahlort: unteres Schulhaus.

Alle übrigen Gemeinden bilden je einen Abstimmungsbezirk, Wahlort ist jeweils das Rathaus.

Es werden bestellt im

Abstimmungsbezirk	Abstimmungsvorsteher	Stellvertreter
1. Nagold I	Stadtschultheiß Maier	Stadtpfleger Lenz
2. Nagold II	Spartassendirektor Kilmann	Bew. Alt. Schwarzmaier
3. Altensteig-Stadt I	Stadtschulth. Amtsverw. Krapp	Spart.-Direktor Walz
4. Altensteig-Stadt II	Stadtpfleger Pfizenmaier	Bew.-aktuar Kalmbach
5. Altensteig-Dorf	Schultheiß Seeger	Gemeindepfleger Kalmbach
6. Beihingen	Schultheiß Franz	Gemeindepfleger Großmann
7. Berneck	Stadtschultheiß Kalmbach	Gemeinderat Kempf
8. Benren	Schultheiß Kalmbach	„ Red
9. Böfingen	„ Broß	Gemeindepfleger Reuschler
10. Ebershardt	„ Rothfuß	Gemeinderat J. Weil
11. Ebhausen	„ Muß	„ Kleiner
12. Effringen	„ Reinhardt	„ Geigle
13. Egenhausen	„ Rath	„ Kalmbach
14. Emmingen	„ Huber	„ Müller
15. Enzthal	„ Stiermaier	„ Erhardt
16. Eitmannsweiler	„ Räbler	„ Waidelich
17. Fänsbronn	„ Schwemmlé	„ Kalmbach
18. Garweiler	„ Kalmbach	Gemeindepfleger Seeger
19. Gaugenwald	„ Dürr	„ Traub
20. Gältlingen	„ Widmann	Gemeinderat Bühler
21. Hatterbach mit Alt-Ruffra	Stadt „ Bernhardt	„ Gutkunst I
22. Heselhausen	„ Kaufert	„ Bügenstein
23. Hindersbach	Schulth. Amtsverw. Dürr	Gemeindepfleger Köhler
24. Oberschwandorf	Schultheiß Bessy	Gemeinderat Brenner
25. Obertalheim	„ Zinkl	„ Schlotter
26. Pfrondorf	„ Better	„ Fr. Reng
27. Rohrdorf	„ Schmid	„ Sigler
28. Rosfelden	„ Reuschler	„ Dürr
29. Schlettingen	„ Theurer	Gemeindepfl. Kaufenberger
30. Schönbronn	„ Stodinger	Gemeinderat Ziegler
31. Simmersfeld	„ Metzger	„ Stoll
32. Spielberg	„ Wagner	„ Morhardt
33. Sulz	Schulth. Amtsverw. Bestler	„ Dengler
34. Ueberberg	Schultheiß Keppler	Gemeindepfleger Reuschler
35. Unterschwandorf	Gemeinderat Wolf	Gemeinderat Steeb
36. Untertalheim	Schultheiß Klink	„ Kläger
37. Walddorf mit Konhardt	„ Reuschler	„ Schuler
38. Wart	„ Hartmann	„ Großmann
39. Wenden	„ Walz	„ Großmann
40. Wildberg	Stadtschultheiß d'Argent	„ Rau

Die Gemeindebehörden haben das Abstimmungsergebnis noch am Abend des Abstimmungstags durch den Fernsprecher an das Oberamt zu melden. Zu dieser Meldung ist das im Auftrage des Ministeriums des Innern vom 3. ds. Mts. (Staatsanzeiger Nr. 127) vorgeschriebene Muster b, das handschriftlich vorzubereiten ist, zu verwenden.

Die Abstimmungsunterlagen samt Anlagen sind mit solcher Beschleunigung dem Oberamt zu übersenden, daß sie diesem noch am Tag nach der Abstimmung zugehen. Der Bericht über die Zahl der ausgestellten Stimmzettel (vergl. Vordruck Nr. 6) ist diesen Akten beizulegen. Als bald nach der Abstimmung sind auch die Wahlumschläge, in Bänden zu je 50 Stück gebündelt, unter Angabe der Gesamtzahl wieder an das Oberamt zurückzusenden.

Die erforderlichen Vordrucke, Stimmzettel und Umschläge gehen den (Stadt-) Schultheißenämtern in den nächsten Tagen zu

Nagold, den 9. Juni 1926.

Oberamt: Baitinger.

